

ANTRAG des ÖWB
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich am 27. Juni 2024

06. Juni 2024

Made in EU Bonus

Angesichts wirtschafts- und standortschädlicher geopolitischer Entwicklungen muss Europa mehr in die Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Souveränität seines eigenen Wirtschaftsstandorts investieren. Dieser ist durch hohe Energiepreise und einseitige Abhängigkeiten bei Rohstoffen und Technologien stark unter Druck geraten. Mittlerweile sind es aber vor allem auch strategische Handelspraktiken und Industriepolitiken anderer Global Player, die dazu geführt haben, dass Produktionsverlagerungen und die Abwanderungen von strategisch wichtigen Branchen bereits stattfinden. Mit der Verlagerung von Betrieben gehen der Verlust von hochwertigen Arbeitsplätzen und ein Anstieg von Abhängigkeitsverhältnissen gegenüber Drittstaaten einher. Die EU-Mitglieder müssen daher an einem Strang ziehen und eine effektive und zielgerichtete gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik mit gesicherter Finanzierung betreiben.

In diesem Zusammenhang fordern wir ein europäisches Impulsprogramm mit branchenspezifischer Investitionsförderung für Investitionen mit einem gewissen europäischen Wertschöpfungsanteil. Als Grundlage dafür sind einfachere und schnellere europäische Verfahren vonnöten. Auch müssen bestehende europäische Förderinstrumente attraktiver und übersichtlicher gemacht und besser ausgestaltet werden. Darauf aufbauend sollen in Zukunft Unternehmen, deren Dienstleistungen und Produkte einen Mindestanteil an europäischer Wertschöpfung enthalten, eine zusätzliche, erhöhte Investitionsförderung für sich beanspruchen können.

Öffentliche Aufträge sind ebenso ein bedeutender wirtschaftspolitischer Hebel. Das Vergaberecht soll zukünftig auch zur Stärkung der Regionalität und als Mittel für mehr europäische Wertschöpfung eingesetzt werden. Für öffentliche Ausschreibungen soll eine verpflichtende europäische Mindestwertschöpfung in Höhe von 40 Prozent eingeführt werden. Falls es aus bestimmten, klar definierten Gründen, nicht möglich ist die Quote zu erreichen, darf davon abgewichen werden. Diese Gründe können beispielsweise die Verfügbarkeit von Rohstoffen betreffen, nicht jedoch den Preis. Dies soll sicherstellen, dass Unternehmen mehr Anreize haben, ihre Produkte und Dienstleistungen innerhalb der EU zu erzeugen.

Dieser „Made in EU“-Bonus soll einen zentralen Beitrag dazu leisten, die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Erzeugnisse und Dienstleistungen zu stärken und den europäischen Standort zu attraktivieren. Zusätzlich unterstützt es unser gemeinsames Ziel, Produktion in Europa nicht nur zu halten, sondern den Standort insgesamt wieder attraktiver für Neuinvestitionen zu machen, wodurch neue und hochwertige Arbeitsplätze in den Mitgliedstaaten geschaffen werden.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichneten Delegierten daher folgenden


ANTRAG

Die Wirtschaftskammer Österreich wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen in der österreichischen Regierung, der europäischen Kommission und im europäischen Parlament für eine stärkere europäische Wirtschaft einzusetzen, insbesondere für


- die **attraktivere und bessere Ausgestaltung der bestehenden europäischen Förderungsprogramme**, um Unternehmen in Europa zu halten,
- **wenn immer möglich, öffentliche Ausschreibungen mit europäischen Mindestwertschöpfungsanteil in Höhe von 40 Prozent**
- die Einführung eines „**Made in EU**“ **Investitionsbonus**, bei dem Unternehmen, die auf europäische Produktionsstandorte und Wertschöpfung setzen, eine erhöhte Förderung erhalten,
- die **Vereinfachung und Beschleunigung europäischer Verfahren.**



Mag.^a Mag.^a (FH) Barbara Thaler
Präsidentin, WKO T



KRⁱⁿ R. Scheichelbauer-Schuster
Obfrau, Bundesparte G&H



Mag.^a Doris Hummer
Präsidentin, WKO OÖ